

Erklärung der Fraktion DIE LINKE zu den Ergebnissen des Bildungskonvents für das Land Sachsen-Anhalt

Die LINKE begrüßt die Ergebnisse des Bildungskonvents und sieht sich durch seine Empfehlungen in ihren bildungspolitischen Forderungen bestärkt. DIE LINKE trägt alle seine Empfehlungen und den Abschlussbericht.

Der Konvent hat in 10 Plenartagungen und in über 40 Arbeitsgruppensitzungen intensiv zentrale bildungspolitische Fragen beraten und Handlungsempfehlungen verabschiedet. Vor allem aber hat er gezeigt, wie schwierig es ist, in diesen Problemen wissenschaftliche Einschätzungen, praktische Erfahrungen, politische Positionen, unterschiedliche Erwartungen und Interessenlagen fair zu bündeln, den Ausgleich zu suchen und zu substantiellen Ergebnissen zu gelangen. Dass das dennoch weitgehend gelungen ist, ist Verdienst vieler Konventmitglieder, ist ein Beweis lebendiger Demokratie. Die Vertreterinnen und Vertreter der Fraktion DIE LINKE im Bildungskonvent haben ihre Arbeit immer in diesem Sinne verstanden.

Die Ergebnisse des Konvents veranlassen uns, dem Landtag in der nächsten Legislatur vorzuschlagen, erneut ein repräsentatives bildungspolitisches Gremium zu berufen. Wenn nach der Landtagswahl im März kommenden Jahres auf der Basis des Willens der Wählerinnen und Wähler und unter Beachtung der Empfehlungen des Konvents Entscheidungen getroffen wurden, wie sich das Bildungswesen im Land grundsätzlich weiterentwickeln soll, dann soll dieser Prozess von einem Gremium begleitet werden, das Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Praktikerinnen und Praktiker, Vertreterinnen und Vertreter der Eltern, der Schülerinnen und Schüler, der Lehrerschaft, der Wirtschaft, der Kommunen und Schulträger, der Gewerkschaften, der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, der Kirchen und der Politik umfasst.

Die LINKE hat ein klares Programm, wie die Schulen in Sachsen-Anhalt in der Zukunft aussehen können, wie dort gelernt und gelehrt werden kann. Dieses Programm ist Ergebnis eines breiten demokratischen Diskurses, in dem die Empfehlungen des Bildungskonvents immer eine herausragende Rolle gespielt haben. In zahlreichen Foren, Arbeitsgesprächen und Beratungen **in allen Landkreisen und kreisfreien Städten haben die Vertreterinnen und Vertreter der LINKEN im Konvent ihr Programm diskutiert und die Arbeit des Bildungskonvents erläutert.**

Die Ergebnisse des Konvents bestärken uns

- frühkindliche Bildung auf hohem Niveau für alle Kinder zugänglich zu machen und dafür einzutreten, dass alle einen Anspruch auf einen Ganztagsplatz in einer Kindereinrichtung haben und einlösen können,
- bessere Bedingungen dafür zu schaffen, dass Lernprozesse an jeder Schule in hoher Qualität und erfolgreich verlaufen können,

- differenzierte individuelle Förderung in allen Schulformen für alle Kinder und Jugendlichen umzusetzen und für jede Schülerin und jeden Schüler optimale Lernergebnisse zu ermöglichen, was die weitgehende Integration von Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen und Benachteiligungen im Sinne der UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen einschließt,
- vor allem die Sekundarschulen zu stärken, an ihnen ein polytechnisches Profil zu entwickeln und sie attraktiver zu machen,
- die Professionalität der Lehrerinnen und Lehrer, der Schulleiterinnen und Schulleiter, der weiteren pädagogischen Fachkräfte, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzuentwickeln – sie sind der entscheidende Schlüssel für gelingende Arbeit an den Schulen,
- den Schulen für ihre Entwicklung Sicherheit aber auch mehr Handlungsspielräume zu gewähren, um ihr pädagogisches Profil weiter auszuprägen sowie
- die Kommunen und ihre demokratischen Körperschaften unmittelbarer an der Entwicklung schulischer Bildungsangebote zu beteiligen.

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die Frage der künftigen Schulstruktur weiter umstritten ist. Es ist in den Beratungen des Bildungskonvents aber auch deutlich geworden: viele sind sich einig, in Sachsen-Anhalt Neues zu entwickeln und Potentiale dafür sowohl in den Schulen als auch in den Regionen zu stärken. **Die Idee des längeren „Offenhaltens“ der Entscheidungen über Bildungswege, eines längeren gemeinsamen Lernens, soll in diesem Innovationsprozess ihren festen Platz haben.**

Die LINKE ist nach wie vor davon überzeugt, dass **die soziale Schieflage im deutschen Bildungswesen**, die erhebliche Gefahr, dass sich die Kette: prekäre Lebenslage, Benachteiligung beim Bildungszugang, schlechte Ausbildung zu einem Teufelskreis schließt, **eng mit der frühen Gliederung der Bildungsangebote, unzureichender Durchlässigkeit und unzureichendem Nachteilsausgleich verbunden ist.** **Deshalb bleibt unser politisches Ziel die Allgemein bildende Gemeinschaftsschule – eine Schule für alle Kinder.**

Um dieses Ziel zu erreichen, muss das Lernen an den Schulen neue Formen finden, müssen neue Möglichkeiten zur individuellen Förderung, müssen Fähigkeiten zur differenzierten Arbeit in den Schulklassen und Lerngruppen reifen. Nicht eine Klasse sitzt vor der Lehrerin oder dem Lehrer sondern ganz unterschiedliche Schülerinnen und Schüler.

Unser Ziel, die Allgemein bildende Gemeinschaftsschule, ist der vorläufige Endpunkt einer längeren inhaltlichen Entwicklung nicht vorschneller administrativer Strukturentscheidungen.

Wir wollen dennoch nicht zögern. Die Bildungschancen für viele Schülerinnen und Schüler in Sachsen-Anhalt müssen unverzüglich verbessert werden. Deshalb schlagen wir vor, **die Grundschulen als bewährte Schulform bis zur 4. Klasse zu erhalten und zu stärken.**

Für den Besuch der weiterführenden Schulen ab Klasse 5 soll freie Schulwahl und ein Anspruch auf individuelle Beratung bestehen.

Im Zentrum unserer Aufmerksamkeit stehen die Sekundarschulen. Deutlich mehr Absolventinnen und Absolventen dieser Schulen sollen einen soliden Realschulabschluss erreichen und deutlich weniger als heute mit einem Hauptschulabschluss oder Abgangszeugnis nach Hause gehen.

Darüber hinaus sollen an allen Sekundarschulen in den Schuljahrgängen 5 bis 9 auch gymnasiale Angebote eingerichtet werden. Das Erlernen einer zweiten Fremdsprache muss für mehr Schülerinnen und Schüler zum Standard gehören. Jede Mutter und jeder Vater, jede Schülerin und jeder Schüler soll sich darauf verlassen können, auch wenn ich die Sekundarschule am Ort wähle, steht mir der direkte Weg zu einer anspruchsvollen Berufsausbildung wie zum Abitur offen. Deshalb sollen auch alle Sekundarschulen verbindliche Kooperationen mit gymnasialen Oberstufen an Gymnasien, Fachgymnasien oder Gesamtschulen eingehen. Schrittweise sollen Ganztagsangebote entsprechen dem Schulprofil entwickelt werden.

Die Gymnasien müssen sich ebenfalls ändern. Neue Lernformen müssen Einzug halten, um für alle Schülerinnen und Schüler mit ihren unterschiedlichen Erfahrungen und Stärken optimale Entwicklungsbedingungen zu schaffen und Defizite, die heute auch bei den Abiturientinnen und Abiturienten noch festzustellen sind, zu überwinden. Die Überweisung aus Leistungsgründen an Sekundarschulen soll aufgehoben werden. Das korrespondiert mit der vorgesehenen Regelung, an den Gymnasien **alle Schulabschlüsse** anzubieten.

Ausdrücklich gehen unsere Reformvorstellungen von den vorhandenen Schulstandorten aus. Sie sollen weitgehend erhalten und stabilisiert werden.

DIE LINKE geht, bestärkt von den Ergebnissen des Bildungskonvents, davon aus, dass eine intensive inhaltliche Arbeit an den Schulen fortgeführt werden muss, um gute Bildung für alle zu ermöglichen.

Um Neues anzupacken, genügt aber Professionalität allein nicht. Wir werden für Reformen werben, viele noch gewinnen müssen. **Besonders wenn es um Schulen geht, braucht es demokratische Mehrheiten und das Engagement, die Ideen vieler Akteure.**

DIE LINKE will deshalb die Möglichkeiten vor Ort, in der Landkreisen, Städten und Gemeinden, deutlich erweitern, ihre Schulen zu gestalten. Wir wollen den Kommunen mehr Chancen geben sich einzubringen, Beispiele zu entwickeln, die überzeugen.

DIE LINKE hält es für falsch alles beim alten zu belassen. Wer sich in diesem Sinne auf den Bildungskonvent zu berufen versucht, hat ihn nicht verstanden.

Wir müssen und wir werden handeln.

Magdeburg, 21. Juni 2010

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender